



Ausgabe: August 2018

Demokratie-Newsletter

Allgemeines zum Thema «Demokratie»

- Neue Zürcher Zeitung vom 6. August 2018, S. 8
Das Volk verachten, um dem Volk zu dienen? – Wir leben in komplizierten und zwielichtigen Zeiten. Die Menschen sind frei, doch schätzen viele ihre Freiheit gering. Das macht sich ein neuer Machiavellismus politisch zunutze. Gastkommentar von Peter Strasser.
- Tages-Anzeiger vom 11. August 2018, S. 5
Mehr Transparenz von der Schweiz gefordert
- Neue Zürcher Zeitung vom 9. August 2018, S. 10
Die Angst der Schweizer Politiker vor dem Volk – Der neue Hang zum Kuhhandel. Gastkommentar von Daniel Eckmann.
- Neue Zürcher Zeitung vom 18. August 2018, S. 16
Politische Alchemie im Bundeshaus – Wieso die Einheit der Materie nicht mehr nur bei Volksinitiativen eine Rolle spielt, sondern auch bei Bundesgesetzen. Beitrag von Andreas Kley.
- Tages-Anzeiger vom 22. August 2018, S. 4
Rücktrittswelle statt Parmelin-Effekt in der SVP – In der Romandie demissionieren Parteikader gleich reihenweise.
- Tages-Anzeiger vom 27. August 2018, S. 5
Ab durch die Mitte – Eine Auswertung der Abstimmungen im Nationalrat zeigt: Die politische Mitte ist ein dynamisches Gebilde. Die Parteien zwischen den Polen positionieren sich je nach Politikbereich unterschiedlich. Einzig die FDP sieht konsequent rechts der Mitte.
- Tages-Anzeiger vom 29. August 2018, S. 3
Es rumort ennet dem Röstigraben – Nur in der Romandie kann die SVP noch signifikant wachsen. Doch ein Jahr vor den nationalen Wahlen ist die Partei in der Westschweiz vor allem mit sich selbst beschäftigt. Einmal mehr.



Initiativen, Referenden und Gesetzesänderungen

- Tages-Anzeiger vom 10. August 2018, S. 5
Fair-Food-Initiative spaltet ökologisches Lager – Grüne und SP unterstützen das Volksbegehrens. Nicht so die Grünliberalen. Ihr Parteivorstand empfiehlt Stimmfreigabe. Die GLP-Basis könnte diesen Kurs noch korrigieren.
- Neue Zürcher Zeitung vom 10. August 2018, S. 15
Die Importe im Visier / Bund könnte bereits tun, was Fair-Food fordert
- Tages-Anzeiger vom 23. August 2018, S. 5
Juso entfachen Streit mit der SP – Die Jungpartei will ein allfälliges Referendum gegen den Steuer-AHV-Deal unterstützen.
- Tages-Anzeiger vom 23. August 2018, S. 6
Bundesrat will Pestizid-Verbot ohne Gegenvorschlag bekämpfen – Weniger frische Früchte und Gemüse auf dem Teller, mehr Einkaufstourismus: Der Bundesrat warnt vor gravierenden Folgen der Pestizid-Initiative. «Irreführung», sagen die Gegner.
- Tages-Anzeiger vom 24. August 2018, S. 6
Steiniger Weg zum Veloland – Velo fahren ist gesund und umweltschonend. Das soll sich in der Bundesverfassung widerspiegeln und gefördert werden – nicht alle können sich damit anfreunden.
- Tages-Anzeiger vom 25. August 2018, S. 5
«Die Initiative ist vergiftet» - Die Volksinitiative für Ernährungssouveränität löse eine unbezahlbare Subventionitis aus, sagt Bundesrat Johann Schneider-Ammann – und erzählt, wie er am 1. August mit Bauernpräsident Markus Ritter ein Versöhnungslied sang.
- Tages-Anzeiger vom 28. August 2018, S. 5
Mehrheit will eine Deklarationspflicht bei schlechtem Tierschutz – Die Bevölkerung ist gemäss einer Umfrage für strengere Vorschriften für Fleisch und Käse von Tieren aus schlechter Haltung im Ausland. Dies könnte der Fair-Food-Initiative Auftrieb geben.
- Tages-Anzeiger vom 29. August 2018, S. 5
Fremd statt familiär – Die Initiative für Ernährungssouveränität verlangt, dass der Bund für mehr Beschäftigte in der Landwirtschaft sorgt. In einem Bereich ist dies längst der Fall.
- Tages-Anzeiger vom 30. August 2018, S. 5
Parteien könnten bei den Finanzen schummeln – Der Bundesrat lehnt die Transparenzinitiative ab – und erklärt auch gleich, wie sie sich umgehen liesse.
- Neue Zürcher Zeitung vom 30. August 2018, S.14
Absage an Transparenzinitiative – Der Bundesrat möchte die Parteifinanzierung nicht offenlegen.



Gerichtsurteile

- Schweizerisches Bundesgericht, Urteil vom 12. Juli 2018, [1C_301/2018](#)
Politische Rechte – Wahlen vom 4. März 2018. Beschwerde gegen die Verfügung des Verwaltungsgerichts des Kantons Zürich, 4. Abteilung, Einzelrichter, vom 26. April 2018 (VB.2018.00223). Nichteintreten
- Schweizerisches Bundesgericht, Urteil vom 8. August 2018, [1C_699/2017](#)
Politische Rechte – Protokoll der Gemeindeversammlung vom 15. Dezember 2015. Beschwerde gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts des Kantons Zürich, 4. Abteilung, vom 22. November 2017 (VB.2017.00422)
- Kantonsgericht des Kantons Basel-Landschaft, Abteilung Verfassungs- und Verwaltungsrecht, Entscheid vom 24. Januar 2018, [810 17 286](#)
Politische Rechte – Rechtsgültigkeit der formulierten Gesetzesinitiative «Stopp dem Abbau an den öffentlichen Schulen». Beschwerde gegen den Landratsbeschluss vom 19. Oktober 2017. Gutheissung.
- Kantonsgericht des Kantons Basel-Landschaft, Abteilung Verfassungs- und Verwaltungsrecht, Entscheid vom 15. November 2017, [810 17 187](#)
Politische Rechte – Behördliche Information anlässlich der Gemeindeversammlung. Gemeindeversammlungsbeschluss betreffend Nichterheblicherklärung / Rückweisung. Urteil des Schweizerischen Bundesgerichts vom 5. Juli 2017. Abweisung.
- Verwaltungsgericht des Kantons Schwyz, Entscheid vom 24. Juli 2018, VGE III 2017 77, publiziert in: [EGV-SZ 2017, S. 118](#)
Politische Rechte – Stimmrechtsbeschwerde. Mit der Stimmrechtsbeschwerde können keine beschaffungsrechtlichen Einwände vorgebracht werden.
- Verwaltungsgericht des Kantons Schwyz, Entscheid vom 31. Januar 2017, VGE III 2016 180, publiziert in: [EGV-SZ 2017, S. 119 f.](#)
Politische Rechte – Initiativbegehren auf Durchführung einer Abstimmung. Das Begehren, einen Konzessionsvertrag zur Abstimmung zuzuführen, kann nicht Inhalt einer Initiative sein.
- Verwaltungsgericht des Kantons Schwyz, Entscheid vom 31. Januar 2017, VGE III 2016 219, publiziert in: [EGV-SZ 2017, S. 120–125](#)
Politische Rechte – Planungsinitiative. Gemäss der neuen Kantonsverfassung können auch Rechtssetzungsiniciativen in der Form des ausgearbeiteten Entwurfs eingereicht werden. Planungsinitiativen gelten als Rechtssetzungsiniciativen. Sie sind im schwyzerischen Recht auch in der Form des ausgearbeiteten Entwurfs nicht ausgeschlossen. Sie müssen aber die Raumplanungsvorgaben des übergeordneten Rechts, namentlich auch zum Raumplanungsverfahren, einhalten, wenn damit Raumplanungsmassnahmen angeregt werden. Die allfällige Annahme einer Planungsinitiative auch in der Form des ausgearbeiteten Entwurfs hat nicht die direkte Revision z.B. des Baureglements zur Folge, sondern löst eine Baureglementsrevision im Sinn und Geist der Initiative gemäss Erlassverfahrens von §§ 25 ff. PBG aus, für wel-



ches der Gemeinderat zuständig ist und schliesslich der Genehmigung des Regierungsrates bedarf.

Amtliche Informationen

- Medienmitteilung des Bundesrates vom 16. August 2018
Obligatorisches Referendum für völkerrechtliche Verträge mit Verfassungsrat
Völkerrechtliche Verträge, die aufgrund ihrer Bedeutung auf der gleichen Stufe wie die Bundesverfassung stehen, sollen dem obligatorischen Referendum unterstehen. Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 15. August 2018 eine entsprechende Änderung der Bundesverfassung in die Vernehmlassung geschickt. Er begrüsst zudem eine Vorlage des Parlaments, wonach künftig für die Kündigung von völkerrechtlichen Verträgen je nach Tragweite der Bundesrat oder das Parlament und gegebenenfalls die Stimmbevölkerung zuständig sein sollen. Beide Vorlagen stärken die Mitsprache der Bevölkerung und damit demokratische Legitimation des Völkerrechts. ([Link](#))
- Medienmitteilung des Schweizerischen Bundesgerichts vom 28. August 2018
Keine Entschädigung wegen Begrenzung von Zweitwohnungen
Die mit der Volksabstimmung vom 11. März 2012 in die Verfassung aufgenommene Begrenzung des Baus von neuen Zweitwohnungen gibt Grundeigentümern in betroffenen Gemeinden in aller Regeln keinen Anspruch auf eine Entschädigung. Das Bundesgericht weist die Beschwerde einer Immobilienfirma aus dem Kanton Wallis ab. ([Link](#) / [Urteil](#))
- Medienmitteilung des Bundesrates vom 29. August 2018
Bundesrat lehnt «Transparenz-Initiative» ab: Kaum mit dem System der Schweiz vereinbar
Eine nationale Regelung der Parteienfinanzierung und der Finanzierung von Wahl- und Abstimmungskampagnen ist nach Ansicht des Bundesrates kaum mit den Eigenheiten des schweizerischen politischen Systems vereinbar. Er beantragt deshalb dem Parlament, die Volksinitiative «Für mehr Transparenz in der Politikfinanzierung (Transparenz-Initiative)» ohne direkten Gegenentwurf oder indirekten Gegenvorschlag zur Ablehnung zu empfehlen. Er hat an seiner Sitzung vom 29. August 2018 die entsprechende Botschaft verabschiedet. ([Link](#))

Neue Volksinitiativen im Sammelstadium

- *Im August 2018 wurden keine neuen Volksinitiativen auf Bundesebene lanciert.*

Europäische und internationale Nachrichten zur Demokratie und den pol. Rechten

- Neue Zürcher Zeitung vom 4. August 2018, S. 11
China und die Zukunft der Demokratie – Grenzen eines wirtschaftlichen Erfolgsmodells. Gastkommentar von Barry Eichengreen.



- Neue Zürcher Zeitung vom 11. August 2018, S. 5
Taiwans direkte Demokratie provoziert Peking – Seit Anfang Jahr ist ein neues Referendumsgesetz in Kraft – das direktdemokratische Instrument wird rege genutzt.
- Neue Zürcher Zeitung vom 21. August 2018, S. 2
Berlin über sich in direkter Demokratie
- Tages-Anzeiger vom 23. August 2018, S. 8
AfD fürchtet Millionenbussen – Die Alternative für Deutschland geht gegen einen Unterstützungsverein vor, der mithilfe von anonymen Millionenspenden Werbung für die Partei machte.

Neuerscheinungen

- GÄCHTER THOMAS, «Für ein von den Krankenkassen unabhängiges Parlament», Sinnvolle Interessenentflechtung oder Ende des Milizparlaments?, in: Jusletter vom 27. August 2018
- GRAF ANNE-LAURANCE/MAHON PASCAL, Article 121a de la Constitution et accès au marché du travail, in: Jusletter vom 13. August 2018
- SCARTAZZINI GUSTAVO, «Verbot von Luzerner Kriegsgeschäften», Zur Gültigkeit einer Volksinitiative, in: SZS 2018, 383–413

Dokumentation

- Sammlung der Demokratie-Newsletter: [Lehrstuhl Prof. Dr. A. Kley](#)
- Vollständige Artikelsammlung: [Zentralbibliothek Zürich](#)
- Vollständige Urteils- bzw. Entscheidungssammlung (Schweiz):
 - [Schweizerisches Bundesgericht](#)
 - [Verwaltungsgericht des Kantons Schwyz](#)
 - [Kantonsgericht des Kantons Basel-Landschaft](#)

Kontakt

Luka Markić, Rechtswissenschaftliches Institut, Universität Zürich

Tel. +41 44 634 41 77

E-Mail: luka.markic@rwi.uzh.ch

www.rwi.uzh.ch/kley